

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angedruckt

Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 298
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Vertriebsleitung
Gefäßstraße 9-5 Ubi

Verleger: Bornsche-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Der Briefwechsel Macdonald-Poincaré.

Der Briefwechsel zwischen Macdonald und Poincaré, den wir weiter unten veröffentlichen, zeigt die Diplomatie der englischen Arbeiterregierung in der Offensive. Aber diese diplomatische Offensive unterscheidet sich von Aktionen ähnlicher Art aus früherer Zeit wesentlich durch ihre Methode. Ihr Zweck ist nicht, die öffentliche Meinung eines Landes gegen die des anderen aufzustacheln, sondern sie wendet sich auch und vor allem an die öffentliche Meinung Frankreichs selbst und zwingt dadurch die Gegenseite in die Defensive.

Man wird wohl nicht nur in Deutschland die Auffassung haben, daß die Gegenwehr Poincarés außerordentlich schwach ist. Was sollen die immer wieder erneuten Versicherungen des französischen Ministerpräsidenten, Frankreich wolle nicht annectieren? Lang dauernde Okkupationen sind der Demokratie, auf die sich Poincaré beruft, mehr zuwider und dem Frieden gefährlicher als Annexionen. Die Okkupation Bosniens und der Herzegowina führte — trotz aller antiannektionistischen Beteuerungen Oesterreichs — schließlich dennoch zur Annexion und wurde zur Ursache des Weltkrieges.

Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die Bemerkung Poincarés, Frankreich wolle auf die Rheinlandsbefestigung erst verzichten, wenn es keine „Sicherheiten“ am Rhein durchgesetzt habe. Das besetzte Gebiet ist danach bei Frankreich nicht nur Reparationspfand, sondern auch militärisches Sicherungspfand, und selbst die vollständigen Reparationszahlungen würden das besetzte Gebiet noch nicht von der Besatzung befreien. Da der Garantiepakt mit England und Amerika nicht zustande gekommen ist, am Rhein aber am weitestgehende Entwaffnungsbestimmungen für Deutschland alles nur Erdenkliche zum Schutz Frankreichs schon geschehen ist, läßt sich vorläufig nicht absehen, wie sich die französische Regierung von dem Verdacht, sie wolle den schmachvollen und unerträglichen Zustand der Okkupation verewigen, reinigen will.

Schon diese vorläufige Betrachtung zeigt, daß der Weg zur Verständigung noch sehr schwierig ist. Aber es ist das Verdienst Macdonalds, ihn mit seltenem Blick auf das Ziel einer Verständigung durch Gerechtigkeit betreten zu haben.

Die schon am Sonnabend angekündigte Veröffentlichung des neuen Briefwechsels Macdonald-Poincaré ist nun erfolgt. Wir geben beide Briefe in ihrem ganzen Inhalt und zum großen Teil auch im Wortlaut wieder.

Macdonald an Poincaré.

Der Brief Ramsay Macdonalds vom 22. Februar an Poincaré besagt:

Der freundschaftliche Charakter der Antwort, die Sie auf meinen Brief vom 28. Januar gegeben haben, ermächtigt mich, den Versuch zu machen, eine

neue Clappe in dem Auflösungsoblast der Schwierigkeiten zu versuchen, die in den Beziehungen unserer beiden Länder entstanden sind. In dem regenwärtigen Briefe ist es mein Wunsch, einem gegenseitigen vollkommeneren Einverständnis den Weg dadurch zu ebnen, daß rücksichtslos die Schwierigkeiten untersucht werden, die mich erwarten, und die Art und Weise ausgedrückt wird, wie ich die Lage auffasse. In der Lage, in der wir uns befinden, will ich weder in eine Diskussion eintreten noch bestimmte Vorschläge formulieren; meine Absicht ist einzig und allein, klar die Tatsache vor Augen zu halten, daß nach meiner Ansicht die

Schwierigkeiten und Streitigkeiten der Vergangenheit nicht absolut unvermeidlich gewesen

sind, und Sie der Bereitwilligkeit zu versichern, die ich in Zukunft zeigen werde, um das ganze Problem in seinen großen Linien und keinen wesentlichen Bestandteilen einer neuen Prüfung zu unterziehen.

In der ausgetauschten Korrespondenz haben wir beide auf die Forderungen und das Gewicht der öffentlichen Meinung in Frankreich und in England hingewiesen. Ich habe mich selbst bemüht, nicht allein die Auffassungen und Wünsche meiner Landsleute zum Ausdruck zu bringen, sondern immer auch aus dem Geiste der Sympathie heraus über den Stand der öffentlichen Meinung Frankreichs klar zu werden. In England ist das Empfinden weit verbreitet, daß Frankreich entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages eine Lage zu schaffen versucht, die ihm das verschaffen soll, was es während der Friedensverhandlungen zwischen den Alliierten nicht habe durchsetzen können. Diejenigen unter meinen Landsleuten, die diesen Eindruck haben, stehen auf dem Standpunkt, daß das eine Politik ist, die nur die Unnothigkeiten und Gefahren einer Lage verewigt, die man nicht Friedenszustand, die man vielmehr Kriegszustand nennen möchte, und daß diese Politik schließlich alle Sicherheitsgarantien zunichte machen würde, die Frankreich vorübergehend durchgesetzt hätte.

Es hat in Frankreich diese Kreise gegeben, die sich einbildeten, daß die restliche Uebernahme Deutschlands uns automatisch und für immer von einer Drohung befreien würde, die, darüber bin ich mir völlig klar, tatsächlicher Art war. Gewisse Leute haben geglaubt, daß die Grenzen Frankreichs bis zum Rhein ausgedehnt werden müßten, wenn ihr Land unbedingt Sicherheit erleben wolle. Diese Erwartungen sind enttäuscht worden. Anstelle der Rheinrennen hat man Ihnen nur eine solidarische Bürgschaft Großbritannien und der Vereinigten Staaten von Amerika an. Dadurch aber, daß Amerika sich abwärts hielt, ist dieses Angebot hinfällig geworden. Seitdem haben

die Franzosen mit einiger Berechtigung versucht, an die Stelle des Garantievertrages andere greifbare Garantien zu setzen.

Macdonald bespricht dann die Enttäuschung Frankreichs in der Reparationsfrage und die schlimmen Folgen der Ungeßtheit und der Vermittlungen dieses Problems für die Weltwirtschaft und für die englisch-französischen Beziehungen. Der britische Premier fährt fort:

So ist es gekommen, daß die Bedürfnisse unseres Landes mit Bedauern den in Ihren Augen von Frankreich gefassten Entschluß betrachten, Deutschland zugrunde zu richten und auf dem Festlande zu herrschen, ohne Rücksicht auf unsere vernünftigen Interessen und die künftigen Folgen, die sich daraus für die Regelung der europäischen Angelegenheiten ergeben.

So empfindet sie eine gewisse Furcht vor der starken militärischen Lustmacht Frankreichs. So fühlt sie sich verwirrt durch das Interesse, das Ihre Regierung für die militärische Organisation der neuen Staaten Mitteleuropas bezeugt, und so fragt sie sich schließlich, warum alle diese Betätigungsformen die finanzielle Unterstützung der französischen Regierung genießen ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß der britische Steuerzahler an 30 Millionen Pfund Sterling aufzubringen hat, um die Zinsen in Amerika ausgenommenen Anleihen zu bezahlen, und daß unsere Steuerzahler außerdem große Summen opfern müssen, um die Zinsen für die französische Schuld bei England zu begleichen, während Frankreich seinerseits, so viel der englische Steuerzahler sieht, für diese Schuld ein dem seignior entsprechenden Opfer weder gebracht noch vorgeschlagen hat.

Nach meiner Ansicht ist es dieser Stand der öffentlichen Meinung in den beiden Ländern, der unsere Beziehungen in der Vergangenheit beeinträchtigt und für unsere beiden Regierungen Anlaß gegeben haben dürfte, sich zu Streitigkeiten über die Symptome der Krankheit hinzusetzen zu lassen, ohne daß sie sich bemüht hätten, in voller Klarheit und mit gesundem Menschenverstand nach den Ursachen zu forschen.

Es ist ein höchst ungesunder Zustand,

der mich stark beschämt und der, wie ich annehmen darf, auch Sie beunruhigt. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß wir, Sie und ich, versuchen, der öffentlichen Meinung der französischen und der englischen, das Vertrauen zu verschaffen, daß ihre Besorgungen und ihre Empfindlichkeiten auf dem Wege sind, grundlos zu werden. Indessen ist es heute nicht meine Absicht, mich über die Fragen zu verbreiten, wie die des Ruhrgebiets, der Befestigung der Rheinlande oder die pflanzliche Frage. Keiner von denen, die die Obliegenheit haben, die heutige öffentliche Meinung in England zu beobachten, kann sich gefallen, die Augen vor der dringenden Notwendigkeit zu verschließen, in diesem Punkte

unverzüglich zu einer Regelung

zu gelangen. Ich sehe keine Möglichkeit für uns, uns über diese Fragen zu verständigen, wenn es nicht zuerst gelingt, durch eine freimütige mutige Auseinandersetzung Einmütigkeit hinsichtlich der wesentlichen Ziele zu erreichen, im Verhältnis zu denen, deren Probleme lediglich subsidiäre Bedeutung haben. Denn wenn ich unsere Beziehungen in einem weiteren Sinne fasse, so habe ich nicht das Gefühl, daß unsere wesentlichen Ziele so sehr voneinander abweichen.

Wie das französische, so wünscht auch das britische Volk Sicherheit. Während aber Frankreich an Sicherheit nur insofern denkt, als sie den Schutz gegenüber Deutschland allein gewährt, legt das britische Volk diesem Worte eine viel weitergehende Bedeutung bei. Was wir wünschen, ist Sicherheit vor den Kriegen. Nach meiner Auffassung ist

das Sicherheitsproblem kein rein französisches, sondern ein europäisches Problem,

das auch England und Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei, Ungarn und Südslawien, Rußland und Rumänien, Italien und Griechenland berührt. Es ist sehr leicht möglich, daß in den kommenden zehn Jahren die Menschheit die allgemeine Abrüstung und die Ausbreitung der schiedsrichterlichen Verfahren über die Welt erlebt. In der Zwischenzeit muß unsere Aufgabe darin bestehen, das Vertrauen herzustellen. Denn diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn man den internationalen Argwohn und die internationale Beunruhigung wohl versteht und beseitigt. Ob dieses Ziel teilweise erreicht werden kann durch regionale Entmilitarisierung und Neutralisierungsmassnahmen, durch die Schaffung neutralisierter Gebietsstreifen zwischen gewissen Staaten unter gegenseitiger oder gar kollektiver Garantie und Ueberwachung oder aber auch durch irgendein anderes Mittel, muß sorgfältig im einzelnen erwonnen werden. Das ist, glaube ich, eine Angelegenheit, in der der Völkerverbund durch gleichzeitige Erörterung und eventuelle Aktion eine wichtige Rolle spielen könnte.

Die Reparationen stellt sich Frankreich vor allem in der konkreten Form deutscher Zahlungen vor. Auch das englische Volk wünscht lebhaft, daß die Verpflichtungen des Krieges wieder gutgemacht werden. Nach seinem Begriffe haben aber diese Verpflichtungen eine weitreichende Bedeutung. Sie erstrecken sich auf ruinierte Absatzmärkte, auf dahingekommene Kaufkraft, auf den Niedergang des Schiffsraums und des Kohlenhandels, auf die Entwertung der Währungen, deren Mangel an Stabilität und auf die Arbeitslosigkeit. Es ist

vielleicht schwerer, sich unsere verwüsteten Gebiete vorzustellen.

Ihr Wiederaufbau wird sich weniger mit Händen arzen lassen und mehr Zeit in Anspruch nehmen, aber diese Verwüstungen existieren darum doch und werden von uns ebenso grauam empfunden, wie die Verwüstungen für Frankreich existieren, und solange kein Heilmittel gefunden ist, werden die gegenwärtigen Leiden und Sorgen unseres Reiches andauern. Bevor wir indessen dieses Problem erörtern können, müssen wir natürlich den Bericht der Sachverständigenkomitees abwarten, und ich warte ihn ab in der Hoffnung, daß die Sachverständigen Ihr und mein Land einander näherbringen werden. Ich sehe keinen Grund, der es verhindern

könnte, daß dieses Problem, wenn es im weitesten Sinne gefaßt und in Verbindung mit dem Problem der alliierten Schulden der Prüfung unterzogen wird, bald gelöst wird, so daß England auf wirtschaftliche Stabilität in Europa hoffen darf und Frankreich die Zusicherung erhält, daß seine gerechten Forderungen befriedigt werden.

Wie in der Sicherheitsfrage, so auch hier ist Macdonald überzeugt, daß die englisch-französische Verständigung die Mitarbeit der anderen Staaten nach sich ziehen wird, in der Finanzfrage sogar auch die Mitarbeit Nordamerikas. In diesem Sinne stellt Ramsay Macdonald am Schluß folgende Grundfäße für erfolgreicher sprechende Arbeit auf:

Wenn wir eine Verständigung über die wesentlichen Grundfäße, die uns leiten, in die Wirklichkeit umsetzen, und wenn diese Grundfäße unseren Völkern und der öffentlichen Meinung der Welt auseinandergesetzt werden, dann habe ich keinen Zweifel, daß die zahlreichen subsidiären Fragen, so sehr sie ineinander verwickelt sind und so schwierig sie sich gestalten haben mögen, nicht unlösbar sein werden. Wenn wir uns jedoch in die Masse der Einzelheiten verstricken lassen, die im Zusammenhang mit Verhältnissen und Problemen entstanden sind, die der Ruhrfrage, der rheinischen und der pflanzlichen Frage angehören, dann werden unsere letzten Ziele sich von neuem verdunkeln, und wir werden in denselben

müßeligen ausgetretenen Zirkel von Kontroversen und Zwistigkeiten

über Punkte hineingeraten, die vielleicht ihre Wichtigkeit haben aber nicht wesentlich sind. In der Hoffnung, einen solchen Rückschritt zu vermeiden, habe ich mich in diesem Briefe bemüht das aufzuweisen, was ich als die wesentlichsten Daten des Problems betrachte. Ich wiederhole, mein lieber Ministerpräsident, es gibt eine Heilung der europäischen Verhältnisse, das ist mein Ueberzeugung, nur dann, wenn Frankreich und England mit voller gegenseitiger Sympathie für ihre Bedürfnisse und unter Unger Berücksichtigung der Interessen der gesamten Welt gemeinsam vor gehen. Zu diesem Zusammenwirken bin ich vollumfänglich bereit.

Ich bin Ihr sehr aufrichtiger

Ramsay Macdonald.

Poincaré an Macdonald.

Der französische Ministerpräsident erklärt anfangs in gleich freundschaftlichem Ton seine Bereitwilligkeit zu der vorgeschlagenen Erörterung im Geiste des Entgegenkommens und der loyalen Gegenseitiger guter Wille könne gewiß die Mißverständnisse beseitigen. Poincaré wiederholt, daß in der Wiedergutmachungs wie in der Sicherheitsfrage die Interessen und Wünsche der beiden Länder durchaus vereinbar seien. Der französische Ministerpräsident fährt fort:

Wenn wir unsere Reparationen und unsere Sicherheit verlangen so gehören wir keine an engherzigen und egoistischen Verfassungen, wir suchen einfach die Bedingungen eines dauerhaften Friedens in Europa zu realisieren. Ohne diesen auf der Gerechtigkeit auf gebauten Frieden würden unglücklichweise das Handels- und die industrielle Leben, dessen Wiedergeburt England wünscht, nicht möglich sein. Im Gegenteil, an dem Tage, an dem Frankreich für seine Kultur entschädigt und vor Angriffen geschützt sein wird, wird der gesamte Kontinent mehr Chancen haben, die Ruhe wieder zu finden.

Diejenigen Ihrer Landsleute, die da glauben, daß Frankreich an die politische oder wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands denkt oder gedacht hat, täuschen sich. Es Gläubiger Deutschlands wird Frankreich doch nicht die Lorheit begehren, seinen Schatz zum Elend verdammen zu wollen. Es ist stets daran interessiert, daß Deutschland arbeiten und produzieren kann und daß es sich wieder erhebt, und wenn es nicht will, daß diese Wiedererhebung zur Hegemonie führt, kann hat es doch keinesfalls keinen Hintergedanken nach einer kontinentalen Suprematie. Es hat auch ferne nicht die ambiziosen Absichten, die man ihm manchmal zuschreibt und die im Widerspruch stehen mit allen Grundfäßen einer republikanischen Demokratie. Kein vernünftiger Franzose hat jemals daran gedacht, eine Parzelle eines Deutschlands zu annektieren noch eines solchen zu einem französischen Bürger zu machen. In keiner Augenblick während der Friedensverhandlungen noch selber ist ein derartiges Forderung erhoben worden. Das Frankreich, das an der Seite Englands für die Freiheit der Völker sich geschlagen hat, ebenso unglücklich wie England, diese Freiheit zu beeinträchtigen. Wie gesehen von Elsaß-Lothringen haben wir

niemals den Rhein als Grenze verlangt.

Wir haben nur gefordert, daß Deutschland nicht mehr Herr sei, daß des Rheins als militärischer Basis bei neuen Angriffen gegen Frankreich zu bedienen. Wir haben verlangt, daß im Interesse der allgemeinen Friedens der Fluß eine Barriere gegen diese Angriffe bildet. Das war der Gedanke, den Marshal Foch nach dem Waffenstillstand zum Ausdruck gebracht hat. Weder er noch die französische Regierung haben 1919 einen einzigen Augenblick den Gedanken gehabt, einen Kubikzentimeter deutschen Gebiet den französischen Gebieten einzuverleiben. Ich, der ich damals Präsident der Republik war, habe meine Meinung öffentlich bekannt und Lloyd George durch einen Brief vom 28. April 1919 klar erklart. Ich würde es für klug gehalten haben, die Besiegung des linken Rheinufers so lange auszusetzen, bis der Friedensvertrag vollkommen ausgeführt ist. Ich war der Ansicht, daß das sicherste Mittel wäre, Deutschland zur Erfüllung zu bringen. Deutschland hätte übrigens die gleiche Methode nach 1871 selbst zur Anwendung gebracht. Aber in diesem Augenblick war ich wie heute jeder Annexion abhold. Welche Enttäuschungen auch Frankreich erdulden haben mag, es hat niemals außerhalb dessen, was ihm der Friedensvertrag zuerkennt, irgend etwas gefordert. Wenn dieser Vertrag ausgeführt worden wäre, so hätte es sich niemals beklagt. Am Tage des Sieges hat es keine unbegrenzten Hoffnungen gehegt, es hat nicht auf unmögliche Zahlungen gehofft, es

bei einfach gehofft, daß man ihm das zahlt, was man ihm schuldet, es hat einfach auf die Achtung vor der gegebenen Unterschrift gerichtet.

Nach diesen altbekannten Versicherungen, die nur leider so oft durch die Anwendung der französischen Befehls- und Sanktionsmacht einschließlicher Separatistenschutz und -förderung gestraft worden sind, beteuert Poincaré, unter Säunen über andere drückliche Auslegungen, daß alle französischen Rüstungen nur gegen die deutsche Renanche und gegen neue deutsche Ueberfälle gerichtet seien. Frankreichs Luftflotte sei nicht mehr ein Zeichen des Mißtrauens gegen England als Großbritanniens Kriegs- und Luftschiffe Mißtrauen gegen Frankreich darstellen. Die militärische Förderung der Staaten der Kleinen Entente diene auch nur ihrer Verteidigung und dem Frieden, aber sonst keinem Zweck; sie verarme Frankreich nicht und könne es nicht an der Schuldentilgung hindern. Daran schließt Poincaré folgende Ausführungen:

Wir haben das Ruhrgebiet besetzt, um Deutschland dazu zu bestimmen, daß es seine Schuld gegenüber Frankreich begleicht, und um den hartnäckigen Widerstand der Magnaten der deutschen Industrie zu überwinden. Dieses Druckmittel wird, wie wir angekündigt haben, außer Tätigkeit treten, sobald Deutschland sich seiner Verpflichtungen entledigt hat.

Ferner wird auch die Befreiung der Rheinlande ein Ende nehmen, wenn die vom Friedensvertrag aufgestellten Bedingungen erfüllt sind und unsere Sicherheit garantiert wird.

Die Sachverständigen werden sicher bald ihren Bericht einbringen, und nach seiner Prüfung können wir rasch zu einer Gesamtsitzung gelangen und durchsehen, daß Deutschland sie zur Ausführung bringt. Ich danke Ihnen dafür, daß Sie die Frage der internationalen Schulden als zusammenhängend mit der Reparationsfrage betrachten. Es ist unendlich wünschenswert, daß sie zu gleicher Zeit geregelt werden können.

Die französische Regierung hat wie die englische die feste Absicht, den Völkerbund zu stärken und seine Aufgaben auszuführen. Wenn es nur von uns abhingehen hätte, würde der Völkerbund von Anfang an über stärkerer Aktionsmittel verfügt haben. Wir wünschen, daß der Bund in dem wachsenden Vertrauen der ihm angehörenden Staaten die ganze Autorität finde, deren er bedarf, um seine Mission wirksam erfüllen zu können. Möchten die Fortschritte, die er macht, und die Entwicklung des internationalen Schiedsgerichtswesens es den assoziierten Nationen ermöglichen, eine justizmäßige Einschränkung der Rüstungen vorzunehmen, damit nicht die Friedlichen unter ihnen den Unternehmungen der Kriegerischen ausgesetzt sind.

Ob es im übrigen sich um die Stärkung des Bestehenden des Völkerbundes, um die Beschleunigung der Wiedergutmachung der Kriegsschäden oder um die Festigung des Weltfriedens handelt, ich habe gleich Ihnen die Überzeugung, daß die Resultate sich um so rascher und um so günstiger gestalten werden, je enger das Einvernehmen zwischen unseren beiden Völkern ist, was Sie mit so dankenswerter Klarheit festgestellt haben. Ich kann mir ebensowenig wie Sie eine Trennung Frankreichs und Englands voneinander oder ein gleichgültiges Verhalten des einen gegenüber dem anderen Vorstellen. Den Preis für diese Unstimmigkeiten würde nicht Frankreich allein, den Preis würde ganz Europa, würde die ganze Menschheit zu bezahlen haben. Wir sind es der Zivilisation schuldig, einzig zu bleiben. Da unsere beiden Regierungen sich dieser Pflicht bewußt sind, ist es nicht denkbar, daß wir uns nicht verständigen, um sie erfüllen zu können.

Nehmen Sie, mein lieber Premierminister, die Versicherung meiner höchst aufrichtigen Ergebenheit entgegen.

gez. Poincaré.

Die Aufnahme in England und Frankreich.

Der Briefwechsel Poincaré-Macdonald wird in der englischen Presse im Allgemeinen günstig, wenn auch zurückhaltend, kommentiert. Die meisten Blätter sind vor allem mit den Ausführungen Macdonalds einverstanden, während sie sich zu der Antwort Poincarés sehr reserviert verhalten. Hingegen loben natürlich „Daily Mail“ und „Morning Post“ hauptsächlich Poincarés Erwiderung. Die „Times“ scheint in diesem Zusammenhang besondere Hoffnungen auf den belgischen Kabinettswechsel zu setzen.

In der französischen Presse machen sich zwei verschiedene Strömungen geltend: die Regierungspresse verhält sich Macdonald gegenüber kühl, zum Teil sogar ablehnend, während die Linksbätter offen Partei für Macdonald gegen die „Hinterhältigkeiten Poincarés“ („Populaire“) und gegen die „Wortklaubereien des Pseudo-Machiavelli“ („Deux“) ergreifen.

Verhaftung Kahr-Losow-Seißer verlangt.

Sechster Tag des Hiltersprozesses.

BS. München, 3. März.

Beim Beginn des heutigen Verhandlungstages wurde zunächst von den Angeklagten und ihren Rechtsvertretern eine Reihe von Erklärungen abgegeben, die zum Teil von weniger großem Interesse sind. Unter anderem führte der Verteidiger Brüdners, Justizrat Kohl aus, bei der Schießerei am Odeonsplatz seien die Vorschriften über den Waffengebrauch nicht berücksichtigt worden. Nach den Vorschriften sei in erster Linie von der blanken Waffe, und erst wenn diese versage, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Diesem Waffengebrauch müsse aber ein Signal sowie eine entsprechende mündliche Aufforderung vorangehen. Das sei aber versäumt worden. Wenn sich das aber so verhalte, dann komme das Blutvergießen am Odeonsplatz auf das Konto der Herren Kahr, Losow und Seißer sowie des Hauptmanns v. Godein, da der Grund zu der Annahme bestehe, daß schwerwiegende, in der Öffentlichkeit nicht bekannte Gründe vorhanden gewesen sind, um die Schießerei herbeizuführen. Er müsse deshalb

die sofortige Verhaftung der Kahr, Losow, Seißer und Godein als notwendig

bezeichnen. Ferner sei eine Vernehmung des Ministers Knilling herbeizuführen, denn er behaupte, daß das Ministerium von Kahr ähnlich unterrichtet wurde, daß auf normalem oder anormalem Wege eine Diktatur im Reich geplant sei. Weiter beantragte er die Vernehmung des früheren Ministers Wucherhoffer und des Geheimrats Dr. Held, da der Verdacht nahelege, daß die Darstellung Kahrs in einem ähnlichen Falle wie im Bürgerbräukeller subjektiv gefärbt gewesen sei. Ferner müsse durch eine Vernehmung des Justizrats Escherich die zwiespältige Haltung Kahrs bei der Auflösung der Einwohnerwehren geklärt werden.

Erster Staatsanwalt Stenglein entgegnete darauf, daß das eingehende Ermittlungsverfahren eine strafrechtliche Verfolgung der Kahr, Losow und Seißer am Blutvergießen nicht ergeben habe. Jedoch sei das Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen.

Der Verteidiger Lubendorfs, Rechtsanwalt Dr. Luettgebrunn, erklärte, Aufzeichnungen des Dr. Heim in den „Münchener Nachrichten“ zu der Vernehmung Lubendorfs ließen darauf schließen, daß ein Beweisanzug der Verteidigung, der im schriftlichen Geheimersprohoren dem Gerichtshof eingereicht wurde, Dr. Heim bekannt geworden sei. Da nicht anzunehmen sei, daß der Gerichtshof oder die Verteidigung derartige Mitteilungen gemacht hätten, liege eine Indiskretion von dritter Seite vor, die aufzuklärt werden müsse.

Hierauf äußerte sich der Angeklagte Leutnant Wagner vom Bataillon 2 der Infanterieschule auf die Frage des Vorsitzenden zunächst über seine Betanstellung. Am 2. November 1918 traf ich in Valenciennes zum erstenmal mit dem Reffen des Reichspräsidenten, den Bizefeldwebel Ebert zusammen, der in meiner Kompanie stand. Die Leute meinten damals bereits und gerade der Bizefeldwebel ist es gewesen, der sie zum Ungehorsam angeflüstert hat. Die Dinge waren soweit gediehen, daß einer meiner Leute mir eine Handgranate nachwarf. Ich brachte die Leute zum Regiment und bei dieser Gelegenheit sagte mir Ebert, daß eine Revolution bevorstehe. Als ich ihn fragte, woher er denn das wisse, erklärte er mir: „Von meinem Onkel.“ Der Bizefeldwebel Ebert war ein sozialdemokratischer Parteifunktionär. Ich kam dann in die Heimat und machte hier traurige Erfahrungen. Ich wurde von den Soldaten aus der Kaserne herausgeholt und mußte die Stadt verlassen, und ich habe in Meinungen, wo ich Waffen vor der internationalen Kommission verbarg, noch traurigere Erfahrungen mit den Wirtinnen gemacht. Schon damals erkannte ich, daß eine Befreiung meines Vaterlandes nur möglich sein würde, wenn die Herrschaft der Sozialdemokratie gebrochen würde. So wurde ich zu einem

sehr heftigen Kämpfer gegen die Sozialdemokratie.

Ich habe dann in der Reichswehr aus meiner Einstellung kein Hehl gemacht, auch vor allen Dingen gegenüber meinen Leuten nicht, und ich kann zu meiner Freude erklären, daß sie durchaus meine Anschauungen teilten. In Deutschland hat so alles von Bayern die Erhebung erwartet. Die Reichswehr will wissen, wie sie den Bezirk Bayern verlassen soll, ob darunter das Weimarer Vaterland oder Groß-Deutschland unter diesem Begriff zu verstehen sei. Sie will letzten Endes wissen, ob sie nicht nur zum

Schutz einiger internationaler Bankhäuser da ist. Anfang Oktober vorigen Jahres nahm ein Teil der Offiziere der Kriegsschule an der Hofbachfeier in München teil.

General v. Losow hatte befohlen, daß die Hilters-Versammlungen von der Reichswehr zu besuchen seien, auch Oberst Lepold hatte sich in diesem Sinne geäußert.

Dann kam der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich, und die Infanterieschule jubelte zu der Tat des Generals v. Losow und erblickte in ihm einen neuen Jorda. Wir haben General v. Losow mitteilen lassen, daß die Kriegsschule sich geschlossen hinter die sieben bayerische Divisionen stelle. Das ist auch General v. Seerd bekannt geworden. Daraufhin wurde dann die Kriegsschule aufgelöst. Wir wären uns als Lumpen vorgekommen, wenn wir auch nur einen Augenblick in diesem Streit neutral geblieben wären. Unser Kommandeur der Kriegsschule fuhr nach Berlin, und als er zurückkehrte, wurden die bayerischen Offiziere wieder in die Kriegsschule eingestellt. Sie war also auf bayrischer Grundlage neu eröffnet. Wir standen samt und sonders auf dem Standpunkt, daß die Weimarer Verfassung für uns nicht existiere, und deshalb ist der Standpunkt des Hochverrats auch absolut nicht haltbar. (1) Wir nahmen im Oktober und November viel an den Hofbach-Versammlungen teil, weil wir politisch aufgeklärt zu werden wünschten über Losows Gehorsamsverweigerung und die Folgen, die daraus zu erwarten seien. Auch Ehrhardt sprach wiederholt zu uns und erklärte uns, General v. Losow werde nach Berlin marschieren. Anfang November waren wir dann ungeduldig geworden, daß auf die Gehorsamsverweigerung des Generals v. Losow nichts erfolgte. Wir wandten uns durch Oberst Lepold an Erzherzog Losow, und dieser antwortete uns durch einen Befehl, der an der schwarzen Tafel der Offizierschule angebracht wurde. In diesem Befehl stand, daß die Wiedereinführung der schwarzweiß-roten Kolonne in kürzester Zeit zu erwarten sei und daß wir uns noch einige Zeit gedulden sollten. Wir nahmen dann auch an der Totenfeier in München teil, die wir als die große Speerschau Losows vor der Tat betrachteten. Am 8. November kam dann Oberleutnant Berner zu mir.

Erster Staatsanwalt Stenglein: Ich bitte, jetzt die Öffentlichkeit auszuschließen. Rechtsanwält Himmeler: Ich muß zu geben, daß jetzt eine außerordentlich traurige Schilderung der Verhältnisse in der Reichswehr kommt, aber das, was mit den Ereignissen selbst in Verbindung steht, muß doch unbedingt hier öffentlich gelagert werden. — Das Gericht beschloß, den Angeklagten über die weiteren Vorgänge in der Kriegsschule in nicht öffentlicher Sitzung zu hören. Die Öffentlichkeit wurde deshalb bis auf weiteres ausgeschlossen.

Um 1/2 12 Uhr wurde die Öffentlichkeit wiederhergestellt und in der Vernehmung des Leutnant Wagner fortgesetzt.

In der Behauptung des Angeklagten Wagner über seine Begegnung mit dem Reffen des Reichspräsidenten Bizefeldwebel Ebert ist zu bemerken, daß der älteste Reffe des Reichspräsidenten Ebert während des Krieges noch die Schule besuchte.

Jungsturmtag in Jena.

Jena, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die neue bürgerliche Thüringische Landesregierung hatte für gestern die Veranstaltung eines „Deutschen Tages“ in Jena genehmigt, trotzdem die Ausnahmeverordnung des Reichsministers Jarres Kundgebungen unter freiem Himmel ausdrücklich verbietet. Zu dem Jungsturmtage — als solcher wurde der „Deutsche Tag“ aufgemacht — waren als Redner Hindenburg, Madensen und v. d. Golz angekündigt. Doch war nur der Letztere erschienen. Von den aus Thüringen zusammengeströmten etwa 1200 bis 1500 Jungsturmlisten war die überwiegende Mehrheit Schüler im Alter von 16 bis 18 Jahren. Die Kommunisten hatten eine Gegenaktion vorbereitet und aus der Umgegend ihre jugendlichen Anhänger zusammengezogen. Die Landespolizei, die noch immer unter dem Kommando ihres Obersten Müller-Brandenburg steht, rühmt sich, von dieser Vorbereitung rechtzeitig Kenntnis erhalten zu haben. Müller-Brandenburg, der einst mitten im Hugel deutschnationaler Angriffe stand, weil er angeblich bei der Aufstellung der Thüringischen Landespolizei Kommunisten zu Polizeibeamten ausgebildet habe, hat sich während der Herrschaft des Generals Hesse plötzlich entschlossen, die Konjunktur auszunutzen und den reaktionären Herrschern anzugliedern. Er forderte zum Nachkrieg auf!

Sonnenlicht und Hautpflege.

Von Dr. med. Hans Graaz.

Seit langem ist in der Wissenschaft bekannt, daß die Haut eines der wichtigsten Organe des Körpers mit den vielseitigsten Funktionen ist. Erstens schützt sie als lederartige Hülle die darunterliegenden inneren Organe. Zweitens ist sie ein Ausscheidungsorgan für Wasser, Salz und Stoffwechselprodukte. Diese Ausscheidung ist zwar gewöhnlich unsichtbar, wird aber bei erhöhter Tätigkeit in Form des Schweißes sichtbar. Drittens enthält sie so zahlreiche Blutgefäße, daß zwei Drittel der gesamten Blutmenge in die Haut aufgenommen und so die Blutzirkulation beeinflusst werden kann. Auf diese Weise reguliert die Haut den Wärmehaushalt des Körpers; bei Kälte zieht sie sich zusammen, läßt keine Wärme heraus, bei Wärme dehnt sie sich aus, führt unter Umständen durch Schweißproduktion und dadurch bedingte Verdunstung zur starken Herabsetzung der Körperwärme und gewährleistet so die gleichmäßige Blutwärme von 36 bis 37 Grad Celsius. Viertens trägt die Haut die Tastorgane und wird dadurch das Sinnesorgan für das Gefühl.

Aber viel bedeutender als alle diese erwähnten wichtigen Körperfunktionen ist die Funktion der Haut als innerer Drüse, d. h. eines Organs, das Stoffe produziert, die unmittelbar in die Blutbahn übergehen und vom Blute an andere Organe transportiert werden, um dort bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Die Haut steht hierbei in inniger Beziehungsbeziehung mit den anderen inneren Drüsen. Zunächst reguliert sie den gesamten Aufbau und Abbau der Körpersubstanz. Arbeitet die Haut nicht richtig, d. h. ist sie nicht genügend durchblutet, so kann sie diese Aufgabe nicht voll erfüllen, denn Blut ist der Motor alles Lebens im Körper. Nun ist der Mensch nackt geboren und seine Haut auf den physiologischen Reiz des Lichtes eingestellt. Die klimatischen Verhältnisse, Sitte und Brauch haben allmählich dazu geführt, daß der Mensch seine Haut bedeckte. Dadurch ist die Haut dem normalen Lebensreiz des Lichtes entzogen, unter dem Mangel des Reizes degeneriert sie, wird blutarm, sieht blass-gelblich aus und arbeitet mangelhaft. Besonders bei der Großstadtbevölkerung treffen alle diese Bedingungen zu, weil sie eigentlich Zeit ihres Lebens in dunklen, lichtarmen Räumen lebt und daher auch jene kleinen Hautflächen, Gesicht und Hände, die bei dem im Freien arbeitenden Menschen doch wenigstens einen winzigen Teil des normalen Reizes erhalten, dem Lichte entzogen sind.

Die bedeutendsten Volkskrankheiten sind Folgen dieser Lichtarmut. Der Säugling bekommt die englische Krankheit, jene schwere Entzündung, die sich als Stoffwechselstörung, Störung des Wachstums, der Muskeln, des Skeletts und in einer bis zu Krämpfen gesteigerten Empfindlichkeit des Nervensystems äußert. Diese Krankheit ist in der Großstadt so häufig, daß in den Monaten Januar, Februar, März eigentlich jeder Säugling mehr oder weniger von der englischen Krankheit getroffen wird, die z. B. auch eine Hauptursache ist für die schlechten Zähne der Großstadtkinder. Auch die vermehrte Widerstandsfähigkeit der Kinder gegen Erkältungskrankheiten und Infektionskrankheiten ist bedingt durch die mangelnde Hautpflege. Aus diesen rassistischen, atrophischen Kindern entsteht

dann später der typische Großstadtmensch, jene kümmerliche, die Zeit ihres Lebens des eigentlichen Volkstumsgefühls entbehren muß, immer wieder trübselig, meistens an Blutmangel und Neurosthenie oder Nervosität leidet, wo dann nach irgendwelchen schweren Schädigungen gesundheitlicher oder wirtschaftlicher Art die Tuberkulose durchbricht und die Krankheit in Schwindelstadien ausartet. Alle diese und noch viele andere Schädigungen sind bedingt durch mangelhafte Hautpflege. Dabei ist nicht die Reinlichkeit dasjenige, worauf es ankommt, sondern die richtige Durchblutung der Haut.

Aus diesen Gründen sind ärztlicherseits alle Bestrebungen zu unternehmen die dazu führen, die Kummerkrankheit auf eine richtige Hautpflege zu lenken. Alle gymnastischen Übungen, alles Turnen sollte schon aus dem Grunde nach gelassen, damit die Menschen die Durchblutung ihrer Haut besser kontrollieren. Mechanische Temperaturreize, Baden, Bürsten der Haut führt zur guten Durchblutung. Der beste Hautreiz ist das Licht. Wir fühlen ihn zwar nicht unmittelbar, aber Tier und Mensch hat doch ein großes Begehren, sich nach dem Sonnenlicht zu wenden. Aus diesem instinktiven Gefühl heraus hat vor ungefähr 20 Jahren die Berliner Bevölkerung sich gegen Polster, Bureaukratie und Bräuerie die Freibäder erkämpft. Dieses Gefühl allgemein zum Bewußtsein zu bringen, ist noch immer Aufgabe der Volksaufklärung, denn wenn die wandernde Jugend draußen ihren Körper entblößt, ist häufig schon zu viel versäumt. Der Säugling, das Kind und Schulfeld bedarf noch viel mehr der intensiven Hautpflege in der Sonne, damit der Körper nicht in der Entwicklungszeit verkümmert, wie es leider in der Großstadt noch ganz allgemein geschieht.

Eine kommunistische Taufe. Eine Kommunistentaufe, die erste ihrer Art, wurde kürzlich im Ingenieur-Institut von Sheffield in Anwesenheit einer großen Anzahl von Kommunisten vollzogen. Der Täufling war Irene Hedden, die vier Wochen alte Tochter eines Führers der Sheffielder Arbeiterlosen, und als Priester fungierte ein Bäckermeister, der Führer der kommunistischen Bewegung in Yorkshire und britischer Delegierter bei dem letzten internationalen Kongress zu Moskau. Die Zeremonie wurde von einem Arbeiterlosen mit einer kurzen Rede eingeleitet. „Wir sind im Begriff“, erklärte er, „die Tochter des Genossen Hedden der Revolution zu weihen. Das stellt keineswegs einen religionsfeindlichen Akt dar. Wir glauben nur, daß wir in unserem heutigen Leben unsere Tendenzen und Ziele konsequent zum Ausdruck bringen sollen. Wir erkennen die Notwendigkeit an, dem Kind einen Namen zu geben, obgleich diese Namen von wenig Belang sind für Menschen, die, wenn sie erwachsen sind, in die Fabrik gehen müssen und dort nur unter einer Nummer figurieren. Aber es ist nun einmal notwendig, das Kind zu taufen, und wir glauben, daß wir das eben so gut können, wie irgend-„ein Vater.“ Der Bäckermeister, der den Taufakt vollzog, übergab dann der Mutter einen von den Frauen der kommunistischen Partei Sheffield gestifteten Silberpokal. Während er das Kind in den Armen hielt, schufte er es auf den Namen Irene und gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß das Kind in Zukunft der revolutionären Bewegung eine Stütze sein werde. Nachdem er dann die Hände des Täuflings geküßt hatte, übergab er das Kind seiner Mutter.

Der Müllkasten.

Der Polizeibericht der Hauptstadt Berlin meldete kürzlich, daß ein Obdachloser aufgegriffen wurde, der in einem Müllkasten übernachtete. Die Presse hat dazu ihre Randbemerkungen gemacht, die nationale forderte angesichts dieses neuen Beweises erschreckender Verkommenheit, daß der Ausnahmezustand weiterbestehen bleiben müsse, die demokratische machte sozialkritische Bemerkungen, das bürgerliche Publikum, wie gewöhnlich, dachte sich sein Teil und tat nichts.

Es bleibt erstaunlich, daß keiner von ihnen auf den Gedanken gekommen ist, die Sache auch einmal von ihrer praktischen Seite zu betrachten und festzustellen, daß der Unbekannte aus dem Polizeibericht die Wohnungsfrage in einer Weise gelöst hat, für die gerade die nationalistischen Kreise verständnisvolle Sympathien haben sollten, jene Kreise, die die herrliche Zeit des Schühengrabenslogis nicht genug preisen konnten, und noch heute bemüht sind, diese Zeit wieder aufleben zu lassen.

Man bedenke: Tausende von Müllkästen gießen ihre Höfe, als praktischer Schmutz und als Spielzeug zugleich für Proletarierkinder. Jeder dieser Müllkästen ergibt eine Schlafgelegenheit. Erstens ist sie billig, zweitens warm und drittens findet der Lebernachende in ihm unter Umständen noch ein Abendessen für bescheidene Ansprüche.

Wozu die Ausgaben für Wäse, Volksküchen, Gartenstädte und Kinderheime? Das sind Kapitalanlagen, die nichts einbringen! Man gründe sofort eine Müllkasten-Übernachtungs-GmbH., die den gesamten Betrieb und die Vermietung in die Hand nimmt, das Geschäft wird glänzend. Durch sinnreiche Kombinationen kann man je nach Bedarf auch Ein- und Zweifamilien-systeme aus zusammengestellten Müllkästen bauen. Man kann aber auch Nachtlokalen mit Chambres separées ein Domizil in ihnen geben, wo dann der sinnige Schläfer-Besitzer, zeitgemäß pariert, zur Anwendung käme: „Raum ist in dem kleinste Kosten für ein glücklich liebend Paar.“ Weitere Verwendungs-möglichkeiten würde eine Rundfrage bei den Professoren der deutsch-national-ökonomischen Fakultäten zweifellos in reicher Fülle zutage fördern.

Wirtschaft ist das Gebot der Stunde. Wenn ein französischer König für jeden Bauer sein Huhn im Topfe“ forderte, so sammle man das deutsche Volk unter dem Rufe „Jedem Obdachlosen sein Müllkasten.“ Deutschlands Wiederaufbau hängt von der Wohnungsfrage ab — hier ist ihre garantiert antimarristische Lösung. Aus frisch ans Werk! Hans Wesemann.

Museum für Hercegovina. Abbrunnen finden seit am Dienstag, den 4. 12 Uhr (Prof. Stahlberg: Draufschauen), und am Dienstag, den 11. 12 Uhr (Prof. Stahlberg: Was liefert das Meer für die Küste). Am Dienstag, den 4. abends 8 Uhr, (Prof. Stahlberg: Der Mensch, das Gold des Nordens). (Mit Lichtbildern.)

Mary-Deinolf in den sibirischen Tundra. In der Tundra im Gefolge von Bogdan im Nordwesten Sibiriens ist, wie der „Draufschauen“ meldet, ein Denkstein für Rasi Parg errichtet worden. Die Schriftstellerin verweist mit Genugtuung diese Ehrung in der Tundra an der äußersten Grenze der russischen Anwesenheit.

Der Berliner Bezirksparteitag.

Richtungskämpfe. — Schwierigkeiten der Kandidatenaufstellung zu den Reichstagswahlen.

Als einen Tag des Unheils in der Geschichte der Berliner und der deutschen Arbeiterbewegung wird man den gestrigen Berliner Bezirksparteitag bezeichnen müssen. Statt ein Bild der Einigkeit zu geben, die angesichts der nahe drohenden schwersten Kämpfe nötiger ist denn je, hat der Bezirksparteitag die in der Berliner Organisation vorhandenen Gegensätze aufeinanderpeinigen lassen und sie zur schärfsten Erbitterung verschärft. Die Aufstellung von Kandidatenlisten für den Reichstag ist mißlungen, der Parteitag ist ergebnislos auseinandergegangen, neue Verhandlungen unter Führung des Parteivorstandes sind notwendig geworden.

Um die Vorgänge des gestrigen Tages zu verstehen, muß man sich daran erinnern, daß auf dem letzten Bezirksparteitag im Herbst v. J. alle Anhänger der Parteivorstandsrückführung aus dem engeren Bezirksvorstand unter Lebens hinausgewählt worden waren. Dies und das offen zur Schau getragene Bestreben der siegreich gebliebenen Richtung, ihre Mehrheit auch weiterhin rücksichtslos auszunutzen, hatte die Berliner Minderheit zu größerer Mäßigkeit des Widerstandes veranlaßt. Bei den Wahlen zu dem gestrigen Parteitag ergab sie auch bedeutende Erfolge, so daß es zunächst zweifelhaft schien, wer die Oberhand behalten würde.

In dieser Situation griff der Parteivorstand ein, und in einer ausgedehnten Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes gelang es der Vermittlung des Genossen Weis, einen Vorschlag zur Verständigung durchzubringen, der schließlich gegen eine Stimme Annahme fand und für den auf dem Parteitag sich einzusetzen der gesamte Bezirksvorstand sich verpflichtete. Nach diesem Vorschlag sollte im engeren Bezirksvorstand durch Zuwahl die Parität der Richtungen wiederhergestellt und nach dem gleichen Grundsatze eine Kandidatenliste für den Reichstag angenommen werden.

Auf dem Bezirksparteitag marschierten nun die beiden Richtungen in ziemlich geschlossenen Fraktionen auf, die wir der Kürze wegen nach ihren hauptsächlichsten Wortführern als die Fraktion Bernhard Krüger und die Fraktion Emil Barth bezeichnen wollen. Es ergab sich, daß die Fraktion Barth immer noch bei rund 300 Delegierten über eine Mehrheit von etwa 10 Stimmen verfügte.

Von vornherein war es klar, daß eine Ablehnung des Verständigungsvorschlags die Gefahr schwerer Konflikte in sich trug. Trotzdem stimmte die Fraktion Barth gegen den Verständigungsvorschlag und brachte ihn zu Fall. Ueber die beiden ersten Kandidaturen — Crispian-Heimann in Berlin und Jubel-Bernstein in Teltow-Beestow — wurde noch missprechend dem Kompromiß durch Abstimmung entschieden. Bei den folgenden Kandidaturen aber brach der Streit aus, die Frauen waren weit gegen den Kompromißvorschlag zurückgedrängt worden, und die Minderheit fühlte sich „an die Wand gequetscht“, so daß ihre Kandidaten auf ihre Kandidaturen verzichteten. Damit war die Aufstellung einer vollständigen Liste mißglückt, und nachdem Dittmann und Crispian neue Vermittlungsversuche des Parteivorstandes angekündigt hatten, ging der Bezirksparteitag in großer Unruhe auseinander. Besondere Erbitterung erregte es bei der Minderheit, daß entgegen dem gefassten Beschluß, sich mit aller Kraft für die Verständigung einzusetzen, einzelne Mitglieder des Bezirksvorstandes gegen die Verständigung stimmten.

Der Verlauf der Tagung hat gezeigt, daß die Richtung der Unversöhnlichen in Berlin keineswegs über die gesicherte Vormachtstellung verfügt, die sie zu haben glaubte, und daß durch neue Anstrengungen der anderen Richtung das Verhältnis leicht umgekehrt werden könnte. Die Frage ist nun, ob die geeinigten Parteien in Berlin ihre Kräfte in inneren Kämpfen verzehren oder ob sie eine gemeinsame Plattform zum gemeinsamen Kampf gegen die gemeinsamen Gegner der Arbeiterbewegung finden wird. Mit der Methode, die in Berlin seit der Einigung beliebt wurde, geht es nicht weiter!

Der Berliner Bezirksparteitag, der gestern im Plenarsaal des Reichstages stattfand, wurde mit Vorträgen des Arbeitererregungsvereins „Nichte-Georgina“ beauftragt. Dann sprach Genosse Friedrich Kdler, Sekretär der Sozialistischen Arbeiterinternationale in London, unter allgemeiner großer Aufmerksamkeit über die internationale Lage und forderte angesichts der bevorstehenden schweren Kämpfe zur Einigkeit auf. Ueber sein Referat werden wir im Morgenblatt ausführlich berichten.

Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Alsdann begründete Genosse Künstler zwei Anträge, die im erweiterten Bezirksvorstand mit großer Mehrheit angenommen waren. Der eine fordert angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl und im Interesse des Ausgleichs und der Zusammenfassung der Kräfte aller Richtungen der Partei die partielle Zusammenfassung des engeren Bezirksvorstandes durch Zuwahl von vier Genossen, der andere fordert die Ergänzung des Bezirksvorstandes und die Kandidatenaufstellung ein einheitliches Ganzes sei, über das in gemeinsamer Abstimmung zu entscheiden sei. Hieran schließt sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in der die Genossen Wankel, Bauer und Emil Barth dann aufordneten, diese vermittelnden Anträge als Geschäftsordnungsmaßnahme abzulehnen. Genosse Weis schildert den Zustandekommen der Vermittlungsanträge und ersucht, für sie zu stimmen. Nachdem noch Genosse Günther gegen und Genosse Dittmann, der zur Verständigung mahnte, für die Anträge gesprochen hatten, wurden diese vereinigten Vorschläge mit 245 gegen 203 Stimmen abgelehnt.

In einer weiteren Geschäftsordnungsdebatte, in der u. a. Genosse Drügemüller als Vertreter des Kreises Teltow-Beestow for-

berzte, daß über die Kandidaten des Kreises Teltow-Beestow nicht der gesamte Berliner Bezirksparteitag, sondern nur die Delegierten der betreffenden Wahlkreise abstimmen sollten, beschließt der Parteitag unter großer Unruhe, in seiner Gesamtheit auch über die Kandidaten des Kreises Teltow-Beestow abzustimmen und lehnt auch eine Abstimmung en bloc ab. Genosse Heimann ersuchte nunmehr, über jede Stelle der Liste einzeln durch Zettelwahl zu entscheiden. Die Genossen Heinig und Dittmann ersuchten gleichfalls über jede Stelle auf der Kandidatenliste einzeln abzustimmen. Der Bezirksparteitag beschloß demgemäß zu verfahren. Bei stark geleertem Hause wurde in die Beratung und Abstimmung über die gedruckt vorliegenden Anträge eingetreten. Die Abstimmung über die Spitzenkandidaten hatte folgendes Ergebnis:

Für Berlin: Crispian 265 Stimmen und Heimann 224 Stimmen.
für Teltow-Beestow: Jubel 265 Stimmen und Bernstein 220 Stimmen.

Die Abstimmung über die zweiten Stellen ergab folgendes Resultat: für Berlin: Heimann 269 Stimmen, Kuhlischer 220 Stimmen, für Teltow-Beestow: Bernstein 261, Künstler 221 Stimmen. Die Genossen Heimann und Bernstein boten damit die Mehrheit. Nunmehr wurde, weil der Saal um 4 Uhr geräumt werden mußte, beschlossen, von dem beschlossenen und für die beiden Stellen gefassten Beschlüssen abzuweichen und über die acht folgenden Stellen auf jeder der beiden Listen gemeinsam schriftlich abzustimmen. Rittmeister begründete Genosse Bleier einen Antrag, der sich gegen die Reichsmehr richtet die keine Schutztruppe für die Republik, sondern ein Zentrum der Gefahr sei, und fordert, der gegenwärtigen Reichsmehr keine Mittel zu gewähren, jeder Regierung, die die vollenziehende Gewalt der Reichsmehr überläßt, das Vertrauen zu versagen und nur einer Regierung, die die Demokratisierung der Reichsmehr proklamiert, das Vertrauen auszusprechen. Ein Antrag Weinberg richtet sich dagegen, daß der Oberpräsident Gustav Kosske von den Herburger Genossen als Spitzenkandidat für die Reichstagswahl nominiert werde. Heimann wies darauf hin, daß die Genossen in Hannover es sich sehr verbiten werden, daß man ihnen von Berlin aus Vorwürfe macht, und wendete sich auch sachlich gegen den Antrag. Weinberg beantragt den Antrag, Dittmann riet aus formalen Gründen von der Annahme ab. Die erwähnten Anträge wurden mit schwacher Mehrheit unter großer Unruhe angenommen. Schließlich fand eine Entschuldigungs-Annahme, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß der kommende Parteitag seine Richtlinien der Politik der Partei die Erkenntnis des unüberwindlichen Klassenkampfes zur Grundlage lege. „Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür sei die Schaffung einer klaren und einheitlichen Stellung der Sozialdemokratie zum heutigen Staat. Der kapitalistischen Politik mit ihren fortwährenden Krisen, Konflikten und Katastrophen sollen die Ideen des Sozialismus nicht nur als Endziel, sondern auch als praktische Politik des Tages entgegenzusetzen werden.“ Ein vom Genossen Glaser begründeter Antrag, dahin zu wirken, daß der Vorsitzende des Deutschen Reicherverbandes, Genosse Ditzel, an sicherer Stelle auf die Reichsliste zu setzen ist, findet Annahme.

Die Abstimmung über die restlichen Kandidaten

hatte folgendes Ergebnis: für Berlin: Aufhäuser 307 Stimmen, 4. Breunig 293 Stimmen, 5. Genossin Bohm-Schuch 288, 6. Adolf Hoffmann 276, 7. Richard Fischer 246 Stimmen, 8. Dr. Jechlin 245, 9. Dr. Wolfes 215, 10. Wäger 203 Stimmen. Teltow-Beestow: 3. Künstler 310, 4. Dr. Böwenstein 289, 5. Krille 264, 6. Dr. Holz 244, 7. Heinig 222, 8. Genossin Seeger 206, 9. Reimann 205, 10. Genossin Ryned 169.

Das Abstimmungsergebnis rief unter den Delegierten große Unruhe hervor, die sich bis zur Erregung steigerte, als Genossin Bohm-Schuch unter stürmischem Beifall eines großen Teiles der Delegierten erklärte, daß sie

auf die Annahme der Kandidatur verzichte,

nachdem den Wünschen der Frauen, die dritte Stelle durch eine Genossin zu besetzen, nicht Rechnung getragen worden sei. Die Erregung steigerte sich weiter, als die Genossen Heinig, Richard Fischer und die Genossin Ryned ebenfalls erklärten, auf ihre Kandidatur zu verzichten. Nur mit Mühe gelang es dem Genossen Dittmann als Vertreter des Parteivorstandes, sich Gehör zu verschaffen. Er erklärt, daß das, was durch die beiden Anträge des Bezirksvorstandes, für die er sowohl als der Genosse Weis eingetreten waren, vermieden werden sollte, nunmehr eingetreten sei. Er hat den Bezirksparteitag, alle bisherigen Ablehnungen als nicht gesehen zu betrachten und einem neuen Bezirksparteitag Gelegenheit zu geben, diese Frage in Ruhe zu klären. Der Parteivorstand werde zu dem Ergebnis Stellung nehmen, um zu vermitteln. Seine Ausführungen wurden mit stürmischem Zurufen beantwortet. Es gelangt dann dem Genossen Heimann, sich verständlich zu machen, der erklärt, daß er immer nur das Wohl der Arbeiterbewegung als Ganzes im Auge gehabt habe, daß er es aber ablehnen müsse, gleichsam als Konzeptionschule auf der Liste zu bleiben, die eine ausgesprochene Richtungsliste sei. Genosse Crispian, ebenfalls von zahlreichen Zurufen empfangen, verwahrt sich zunächst dagegen, daß er irgendetwas zu diesem Streit beigetragen habe. Er habe sich in der Frage der Kandidatenaufstellung völlig zurückgehalten, er betrachte die ganze Entwicklung, die den Parteivorstand zu einem Eingriff zwingt, als ein Unglück. Das letzte Wort dürfe in dieser Frage, wenn die Partei nicht auseinanderfallen solle, nicht gesprochen sein. Während der Ausführungen der letzten Redner hatten sich die Delegierten stehend um die Rednertribüne versammelt. Gen. Ditzel als Vorsitzender erklärt, daß nach den Erklärungen Dittmanns und Crispians der Parteivorstand sich mit den Vorgängen beschäftigen werde und schließt den Parteitag, der in großer Erregung auseinandergeht.

Bei der Wahl der Parteitagdelegierten wurden mit den meisten Stimmen gewählt: Aufhäuser 283, Liedtke 263, Ströbel 263, Otto Meier 255, Harnisch 251, Frau Wengels 250, Radeholz 249, Schweikardi 245, Thurm 245, Pagels 243, Heinig 231, Krüger 228.

Treiben jetzt durch den Hochverratsprozeß in München beunruhigt wird. Leicht sei es, ein Volk zu lieben, das in Wehr und Waffen mächtig dasteht und eine geübte Wirtschaft hat. Aber ein Volk zu lieben, das zu Boden geworfen ist, sollte das nicht auch für die Jugend der gebildeten Schichten ein Ideal sein, höher als das, mit dem Schwert ein Land zu verteidigen? Wenn der politische Gedanke in seiner ganzen Stärke sich auswirkt, müssen die Völker einander zerfleischen. In dem Prozeß ist es gesagt worden: Wir brauchen Leute mit fanatischem Haß. (Fru-Rufe.) Wehe unserem Volk, unserem Staat und dem Erdteil Europa, wenn dieser Gedanke sich durchsetzt! Die Ausführungen Ludendorffs über die Katholiken weist der Kaiser als Verleumdungen zurück. Reichskanzler Marx schloß mit einem Hinweis auf die Macht der katholischen Kirche, die weder durch den Krieg noch durch die Revolution in ihrem Bestand erschüttert worden sei, sondern fester und herrlicher als zuvor dastehe.

Wähler*olg in Cuxhaven.

Cuxhaven, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl ergab die Sozialdemokratie ihre Stimmenzahl von 2700 auf 2882, die Kommunisten erhielten 512 gegen bisher 153. Drei bürgerliche Listen buchten 4253 gegen 3464 Stimmen, während die zum ersten Male aufstehenden Völkischen 544 Stimmen aufzeichneten. Trotzdem die Bikerlisten mit allen verfügbaren Automobilen die Wähler zur Urne schleppten, gelang es, den sozialdemokratischen Mandatsbesitz zu halten.

Eine Leipziger Reformmesse.

Am ersten Tag 120 000 Besucher.

Die Leipziger Frühjahrsmesse die erste nach der Inflation, seit einem ganz außerordentlichen Besuch aufzuweisen.

Der amtlidhe Messebericht meldet über den ersten Tag der Frühjahrsmesse u. a.: Bereits in den Mittagsstunden betrug die Zahl der geschäftlichen Besucher auf Grund der ausgegebenen Einläuferabzeichen und Ausstellerkarten über 120 000, ein bisher am ersten Tag auf keiner Messe erreichter Rekord. Auf der Textilmesse, wo am Vormittag das Grassiegeilmehlhäus als größtes Textilgeschäft der Welt eröffnet wurde, war bei deutlich wahrnehmbarem Preisabfall das Geschäft sehr lebhaft. Auf der deutschen Schuh- und Ledermesse herrschte rege Tätigkeit, namentlich insoweit die Fabrikation der berechtigten Kreditwünschen des Handels entgegenkommen konnte. Auf der Nahrungs- und Genussmittelmesse zeigte bei reichlicher Besichtigung das Geschäft auch lebhaftes Betätigung des Auslandes. Auf der Farber- und Zugarmesse gab der erste Tag hauptsächlich eingehender Orientierung die in Betracht des vorliegenden Bedarfs zu starkem Abschluß führen dürfte. Die Edelmetall-, Uhren- und Schmuckmesse wie ein stotter Verkauf für die Sommerhalbjahr auf dem im Inlandgeschäft als auch nach dem Ausland, das sich für deutsche Qualitätsware sehr interessiert zeigt. Die Technische Messe weist ungeheure Leistungen der deutschen Maschinenindustrie auf sie sieht im Zeichen der Qualitätsarbeit, gesteigerter Kalkulation der Preise und feinerer konstruktiver Durcharbeit aller Einzelheiten. Der Andrang war schon in der zehnten Stunde ein so ungeheurer, daß zeitweise der Zugang zu den Hallen fast unmöglich war. Die Braunkohlenfachmesse ist bereits auf den ersten Tag gelaufen, die Radiomesse ist hervorragend, wenn auch etwas zerstückelt, der Verein deutscher Werkzeugmaschinen und das Haus der Elektrotechnik haben sich selbst überlassen. Die Armaturen- und die Baumesse sind in ihren Erzeugnissen absolut einwandfrei. Die Textilmaschinenmesse weist die besten Fabrikate Deutschlands auf diesem Gebiete auf. Die Messe bedient bereits in Bezug auf die Aufträge schon am ersten Tage, der erste Baufest für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.

Raubmordprozeß Friedmann.

Der Staatsanwalt beantragt zwei Todesurteile.

In der wieder in voller Öffentlichkeit stattfindenden Verhandlung, die heute früh unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Peitsohn wieder eröffnet wurde, nahm sofort der Vertreter der Anklage, Alfred Inerle das Wort zur Vertretung der Anklage. Auf den ersten Eindruck erschienen die beiden Angeklagten Hoffmann und Schulz als ruhige, rechtschaffene Leute, denen man kaum zutrauen würde, eine so schwere Tat fassen Blutes begangen zu haben. In der viertägigen Verhandlung hat man aber einen ganz anderen Eindruck von ihnen bekommen. Alexander Hoffmann, der aus einer bürgerlichen Familie stammt, spielte im Großstadtleben bald eine besondere Rolle, da er dank seiner außergewöhnlichen Körperkräfte Erfolge in Klettern und Bogertreiben errang. Was Hoffmann uns im Laufe der Verhandlung an Aeußen aufweist hat, läßt sich im einzelnen gar nicht aufzählen. Es ist das gute Recht jedes Angeklagten, zu leugnen, aber das Gericht hat dann die Pflicht, aus den erwiesenen Taten seine Schlüsse zu ziehen. In Alfred Schulz läßt sich schwer hineinschauen, aber von ihm gilt dasselbe. Alle Momente sprechen dafür, daß Alfred Schulz die Würde der Verurteilung angenommen hat. Alle Momente sprechen für die Vorsätzlichkeit und Ueberlegung der Tat, für den Mord, für die Vorbereitung von langer Hand. Daß Friedmann nicht gutwillig etwas hergeben würde, wußte Hoffmann nach seinen Erfahrungen in den Erpressungsversuchen, als er seine Beziehungen zu Friedmann in geminnlicherer Absicht auszunutzen versuchte. Möglich ist es, daß Alfred Schulz die treibende Kraft war. Jedenfalls aber haben die Tat beide vorher verabredet. Der Plan war darauf aufgebaut, daß Hoffmann den ersten Angriff unternahm. Die sofortige geschäftliche Tat der Ausnutzung spricht dafür, daß beide nicht überfordert waren, sondern planvoll vorgegangen waren. Beide haben sich daher des vollendeten Verbrechens des Raubes und Mordes schuldig gemacht. Bei dem dritten Angeklagten Bernhard Schulz hält der Staatsanwalt Begünstigung nicht für nachweisbar, sondern beantragt, ihn nur wegen einfacher Hehlerei zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu verurteilen. Die Angeklagten haben keine Spur von Reue gezeigt. Beide haben auch kein Wort der Reue gesagt, daß durch sie ein Menschenleben zu Tode gekommen ist; daher haben sie ihre Strafe wohl verdient. Ich beantrage Alexander Hoffmann und Alfred Schulz zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu verurteilen. Danach nahmen die Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Fren, Dr. Binder, Bahn, Dr. Eisenstadt und Dr. Kantorowicz das Wort. Das Urteil ist erst am späten Nachmittag zu erwarten.

Es kommt doch an den Tag!

Ein Raubmord nach vier Jahren ausgeklärt.

Ein Kapitalverbrechen, das bald vier Jahre zurückliegt und in der Nacht vom 27. zum 28. April 1920 in Bürgerbruch bei Vandsberg an der Warthe verübt wurde, ist jetzt von der hiesigen Kriminalpolizei aufgeklärt worden. Die Täter, ein 35 Jahre alter Dreher Richard Glanz aus der Kopenhagener Straße, ein 25jähriger Hausdiener Willi Soost und ein 42 Jahre alter Dreher Richard Schulz aus der Antonstraße 5 wurden verhaftet und sind geständig.

In Bürgerbruch drangen in jener Nacht drei mastierte Männer in das einsame Gehöft des Viehhändlers Ferdinand Heese ein, der mit seinen beiden Töchtern in einem gemeinsamen Zimmer schlief. Als Heese erwachte und sich wehren wollte, wurde er erschossen. Seine Töchter entflohen, ebenso aber auch die Eindringler. Am Tatort fand man einen Hut, eine Wäsche und auf dem Fluchwege Zeichen einer zweiten Wäsche. Der Hut stammte aus dem Geschäft von Max Behmann in der Leibnizstraße 110 zu Charlottenburg, der zuletzt im November 1915 zwei dieser Art verkauft hatte. Hier setzte die Kriminalpolizei ein. Die weiteren Nachforschungen lenkten den Verdacht auf Glanz, Soost und Schulz und er verdächtete sich so, daß diese drei gestern verhaftet wurden und unter dem Druck des Belastungsmaterials ein Geständnis ablegten. Der Plan ging von Soost aus, der von Zeit zu Zeit Hamsterfahrten in jene Gegend machte und dabei auch einmal den Glanz mitnahm. Dabei erzählte Soost dem Glanz, daß er bei Heese Beschäftigt wisse und daß man dort mal ein Ding drehen müsse, weil Heese sein Geld in einer Kommode im Schlafzimmer aufbewahre, und daß es dort leicht zur Nachtzeit geraubt werden kann. Glanz wollte zunächst von dem Glanz nichts wissen, ließ sich aber endlich doch bereden mitzumachen. Jetzt machte ihn Soost darauf aufmerksam, daß man auf Widerstand gefaßt sein müsse, an dem aber der Raub nicht scheitern dürfe. Es müsse deshalb noch ein beherzter Mann besorgt werden, der im Notfall fest zuhalte. Diesen Mann besorgte Glanz in Schulz. Am 27. April fuhren die drei vom Bahnhof Alexanderplatz nach Vandsberg ab. Nachdem man um 11 Uhr abends in Vandsberg angekommen war, führte der ortskundige Soost seine Spießgesellen auf Feldwegen nach Bürgerbruch. Auf dem Gehöft, auf das sie über einen kleinen Zaun gelangten, legten sie sich die Mäntel auf, stiegen dann durch ein kleines Fenster ein und gelangten in das Schlafzimmer mit den beiden Betten, in denen Heese und seine beiden Töchter ruhten. Durch den Schein einer Blendlaterne, die Soost leuchten ließ, erwachte Heese und richtete sich auf. Schulz rief ihm zu: „Mensch, dir passiert nichts, gib nur dein Geld raus!“ Es entspann sich nun zwischen den Eindringern und dem Heese und seinen Töchtern ein Streit, in dessen Folge Heese zu einer Eisenstange greifen wollte, um sich zu schützen. In demselben Augenblick fiel ein Schuß, der ihn tot niederstreckte. Die beiden Mädchen sahen aus dem Zimmer und Glanz und Soost auch vom Gehöft. Schulz blieb noch eine Weile, verließ dann das Haus durch eine Hintertür und traf mit den beiden anderen in der Nähe wieder zusammen.

Marx gegen Ludendorff.

Vurückweisung der Angriffe gegen das Zentrum.

Der „Volksverein für das katholische Deutschland“ veranstaltete am Sonntag für Groß-Berlin eine Kundgebung, in der die Hauptreferate Reichskanzler Marx und der Reichsarbeitsminister Brauns übernommen hatten.

Reichskanzler Marx erklärte, daß er hier nur als Vorsitzender des Volksvereins spreche. Ueber das Verhältnis der Katholiken zu der neuen Staatsform führte er aus, in der Demokratie müsse das Volk mehr als je sich seiner Pflichten gegen den Staat bewußt werden. Wer sich über ihn beklagt, den wollen wir fragen, ob er auch alles für ihn getan hat, was die Zeitverhältnisse verlangen. Um wieviel besser wäre für unser Volkswesen, für unser Vaterland gefordert, wenn große Teile des Volkes den starken Willen zum Staat hätten. Man mag mit den jetzigen Einrichtungen des Staates nicht zufrieden sein, aber ihm deshalb die einschneidende Unterdrückung zu verlegen, ist gewisslos. Niemand soll glauben, dieser Staat sei unerschütterlich. Die Revolution (die der Redner „ein schweres Unrecht“ nannte) kommt für ihn nicht mehr in Betracht, denn durch die nach dem freiesten Wahlrecht gemäße Nationalversammlung haben wir ihm in der republikanischen Verfassung eine Rechtsgrundlage gegeben. Wer sie gewollt ändern will, begeht Hochverrat und vom christlichen Standpunkt aus ein schweres Verbrechen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Redner wandte sich dann gegen die Kreise, deren

